

Auszug aus der Niederschrift der 34. Sitzung des Rates vom 11.07.2019

Öffentliche Sitzung

5	Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO: Städte und Kommunen erklären sich zu sicheren Häfen	79 /2019
---	---	----------

Beschluss:

Der Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer zieht die Entscheidung über die Anregung nach § 24 GO „Städte und Kommunen erklären sich zu sicheren Häfen“ gemäß § 1 Abs. 3 der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Wallfahrtsstadt Kevelaer an sich und fasst den nachfolgenden Beschluss.

1. Öffentliche Solidaritätserklärung

Der Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer erklärt sich mit den Menschen auf der Flucht solidarisch und positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer.

2. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Wallfahrtsstadt Kevelaer stellt eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen der jeweils aktuell verfügbaren Unterbringungskapazitäten zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher und erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Soweit eine Einflussmöglichkeit besteht, sollen bevorzugt Familien aufgenommen werden.

Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen hergestellt.

3. Weitere Maßnahmen

Der Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss. Der Sozialausschuss wird gebeten, dem Rat der Wallfahrtsstadt Kevelaer einen Vorschlag zu unterbreiten, ob und in welchem Umfang ggf. weitere Forderungen der Seebrücke, z.B. finanzielle Unterstützung oder die Formulierung von Forderungen gegenüber der Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung, umgesetzt werden sollen.

Verhandlungsverlauf:

Der Bürgermeister erklärt kurz den Bürgerantrag der Aktion Pro Humanität. Er teilt mit, dass er über die einzelnen Beschlusspunkte abstimmen lasse. Außerdem teilt der Bürgermeister mit, dass aufgrund des zeitnahen Handlungsbedarfs der Rat in der Angelegenheit entscheide.

Herr Hünerbein-Ahlers sagt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag der Aktion Pro Humanität in vollem Umfang zustimmen würde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei auch mit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einverstanden. Herr Hünerbein-Ahlers erinnert an die Schutzpatronin der Stadt – Maria, die Trösterin der Betrübten – und er denke, der Stadt stehe es

gut zu Gesicht, den Flüchtlingen und den Betrübtten einen Schutz unter dem Mantel von Maria anzubieten.

Herr Hendricks verliest eine kurze Stellungnahme der FDP-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Nachrichten aus dem Mittelmeer, die uns immer wieder mit Schrecken erfüllen, reißen nicht ab. Immer wieder werden Menschen von skrupellosen Verbrechern mit völlig unzureichenden Schiffen auf eine Reise auf Leben und Tod geschickt. Menschen, die auf der Flucht sind, vor Mord, Folter, Vergewaltigung, aber auch Menschen, die sich ein besseres Leben erhoffen, Menschen, die einen Ausweg aus einer schwierigen wirtschaftlichen oder persönlichen Situation suchen und nach Glück streben.

So unterschiedlich die Motivation der Menschen auf der Flucht doch ist, so eint sie eines: Sie sind nicht freiwillig unterwegs, sie lassen Freunde, Familie und Heimat nicht leichtfertig zurück. Die Umstände sind es, die sie zur Flucht veranlasst haben. Diese Menschen sehen ihr Heil in einer Flucht nach Europa, in der Hoffnung auf Sicherheit, Frieden und ökonomischer Verbesserung. Skrupellose Verbrecher haben in diesem Wunsch der Menschen ein Geschäftsmodell erkannt, für das Einschleusen nach Europa werden hohe Summen bezahlt. Es wird ein Geschäft mit Schutzsuchenden gemacht, mit Menschen auf der Suche nach ihrem Glück. Die Menschen auf der Flucht werden in unzureichende und baufällige Schiffe gezwängt, viel zu viele als dass die Schiffe ihre Last tragen könnten. Oftmals auch mit unzureichender Verpflegung und Wasser. Diese Schiffe dann geraten häufig schon auf nicht mal der Hälfte des Weges in Seenot und kentern.

Nachdem die Operation „Mare Nostrum“ ausgelaufen und durch eine Frontex-Operation ersetzt wurde, die primär dem EU-Grenzschutz diene, wurde die staatliche Seenotrettung defacto eingestellt. Zwar war es anfänglicher Plan, dass die lybische Küstenwache so befähigt und ausgerüstet werden solle, dass diese ihrer Aufgabe zur Seenotrettung nachkommen könne, aber dieser Plan darf als gescheitert betrachtet werden. Da die Zuständigkeit von Frontex mit der 30-Meilen-Zone endet und es momentan keine staatliche internationale Seenotrettung im Mittelmeer gibt, wird die Seenotrettung von privaten Schiffen durchgeführt, die durch das Seevölkerrecht zur Rettung verpflichtet sind. Die jüngsten Auseinandersetzungen um die deutsche Kapitänin Rackete zeigen, dass in der Praxis aber die Seenotrettung an ihre Grenzen stößt, die Konzeption nicht auf diese Situation ausgelegt ist.

Unabhängig von aller Diskussion, wie man die Problematik grundsätzlich angehen möchte, ob die Gründe für die Flucht der Menschen für einen Asylstatus ausreichen, et cetera, muss doch eines klar sein: Man kann nicht tatenlos dabei zusehen, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken! Das gebietet die Menschlichkeit!

Diese Probleme werden wir in Kevelaer sicher nicht lösen können, wir können aber tun, was in unserer Macht steht, um die Probleme abzumildern. Auch können wir auf unsere Mutter-Parteien einwirken und ein entschlossenes und schnelles Handeln fordern.

Dem Verwaltungsvorschlag wird sich die FDP daher anschließen!

Wir möchten zum Schluss unserer Hoffnung Ausdruck verleihen, dass es schnellstmöglich eine europäische Lösung geben wird, durch die eine Seenotrettung garantiert und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die Staaten erfolgt, damit diese ein rechtsstaatliches Asylverfahren beschreiten können. Des Weiteren bedarf es dringend Maßnahmen, die den Anreiz senken, die

gefährliche Flucht über das Mittelmeer anzutreten, etwa mittels eines europäischen Einwanderungsgesetzes.

Vielen Dank!“

Der Bürgermeister lässt über die einzelnen Punkte abstimmen.

Nach der Abstimmung sagt der Bürgermeister, dass dieses Abstimmungsergebnis ein schönes Zeichen sei.

Abstimmergebnis:

Zu Punkt 1:

Einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen.

Zu Punkt 2:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung.

Zu Punkt 3:

Mehrheitlich beschlossen mit 22 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen.